

Steckborn und Diessenhofen wollen Energiestädte bleiben

Die Städte am Untersee und Rhein sehen in dem Label ein gutes Instrument zur Erreichung der Energiewende

(fg) Vor Kurzem thematisierte die SRF-Sendung «10 vor 10» das Label «Energiestadt» und berichtete dabei über am Label geäusserte Kritik. Für manche Gemeinden sei der Verwaltungstechnische Aufwand sowie die damit verbundenen Kosten zu hoch, weshalb sie auf eine Erneuerung des Labels verzichten. Für die Umweltorganisation WWF hingegen seien die energiepolitischen Zielsetzungen zu wenig ambitioniert und wären dadurch kein wirksames Instrument im Kampf gegen die Klimakrise.

Beide Städte halten an der Mitgliedschaft fest

Entgegen der geäusserten Kritik halten Steckborn und Diessenhofen, welche beide seit 2007 Energiestädte sind, an ihrer Mitgliedschaft fest. Für den Diessenhofer Stadtpräsidenten ist die Zugehörigkeit unumstritten: «Die Klimaveränderung und die daraus resultierenden Klimaextreme zeigen auf, wie wichtig ein haushälterischer Umgang mit Energie ist». Gerade kleinere Gemeinden, die keine ausgewiesenen Verwaltungsmitarbeiter für Energiefragen besässen, könnten durch externe Fachstellen, Controlling und laufende Verbesserungsmaßnahmen profitieren. Für Stephan Marty, Steckborner Stadtrat für das Ressort Wirtschaft und Umwelt, bietet die Organisation «Energiestadt» durch ihre fachliche Kompetenz sowie den direkten Austausch wertvolle Hilfsmittel für einen engagierten und wirkungsvollen Klimaschutz.

Unterschiedlichste Massnahmen umgesetzt

So wurden in Steckborn im Rahmen der Zertifizierung auf den stadteigenen Gebäuden der Neubau von Photovoltaikanlagen fokussiert und für die Beschaffung von Büromaterialien, Innenbeleuchtungen und Textilien sowie für Bau- und Unterhaltsleistungen wurden verbindliche Umweltstandards festgeschrieben. «Die Stadt Steckborn übernimmt mit den Anstrengungen in diesen Bereichen eine Vorbildfunktion und schöpft ihre Möglichkeiten zur Minderung der Umweltbelastung aus. Mit dem Bau einer innovativen Entsorgungsanlage konnten auch im Bereich Abfall wichtige Impulse gesetzt werden», so Marty.

In Diessenhofen wurde ebenfalls eine grosse Bandbreite an kleinen und grossen Massnahmen in den Bereichen des öffentlichen Verkehrs, der ökologischen Energiegewinnung mittels Wasserkraft oder Thurgauer Naturstrom oder einer CO₂-neutralen Strassenbeleuchtung sowie Weiteres umgesetzt.

Unterstützung von Bund und Kanton

«Die Aufwendungen für die Energiestadt unterteilen sich in einen Mitgliederbeitrag von 1600 Franken, in die jährliche Unterstützung durch eine Energiefachstelle von rund 2000 Franken und die jeweilige Re-Zertifizierung von rund 12000 Franken. Und natürlich die Massnahmenumsetzungen», berichtet der Diessenhofer Stadtpräsident. Bis zum Jahr 2020 wurden die Mitgliederbeiträge allerdings vom Bundesamt für Energie (BFE) übernommen und aktuell werden in Diessenhofen rund 60 Prozent der Rezertifizierungskosten durch Bund und Kanton getragen.

Der Mitgliedsbeitrag steigt in Steckborn ab kommendem Jahr von 1300 auf 1600 Franken und die Kosten der Energiefachstelle und der Rezertifizierung sind identisch. «Für Ausgaben im Zusammenhang mit Förderungen und Projekten wurden im aktuellen Jahr 35000 Franken bereitgestellt», gibt Marty Auskunft bezüglich der energiepolitischen Bestrebungen und für jedes Audit erhalte Steckborn 4000 Franken vom BFE und 3000 Franken vom Kanton.

Nahe an der Goldlabel-Zertifizierung

Beide Gemeinden wollen beim nächsten Audit erneut als Energiestadt zertifiziert werden. Diessenhofen kratzte laut Birkgar am Limit zum Goldlabel, welches nach Erreichung von 75 Prozent der Massnahmen des Energiestadt-Labels verliehen wird.

Steckborn konnte beim letzten Audit bereits 68.5 Prozent der Massnahmen umsetzen. «Das Ziel des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der sorgfältige Umgang mit Energieressourcen hat an Dringlichkeit gewonnen. Es ist wichtiger denn je, die eigenen Möglichkeiten der Energiegewinnung zu nutzen und damit in möglichst hohem Mass energetisch unabhängig zu werden», ist der Steckborner Stadtrat überzeugt. Das Label bringe die Absicherung mit sich, dass diese Ziele auch trotz geänderter Prioritäten in der Verwaltung oder einer veränderten Zusammensetzung in der Gemeindebehörde nicht aus dem Blickwinkel verloren würden.